

Leonberg

Freie Wähler werfen OB Cohn Show-Effekte vor

Von Thomas K. Slotwinski 25.11.2019



Wolfgang Schaal und Stephan Schwarz (li.) führen die Freien Wähler.
Foto: factum/Jürgen Bach

Leonberg - Bei den Freien Wählern in Leonberg gehört es quasi zum guten Ton, dass Personalentscheidungen einmütig getroffen werden. Und so bekamen auch diesmal bei den Vorstandswahlen am Wochenende im Restaurant Grüner Baum in Warmbronn alle Kandidaten die volle Stimmenzahl,

allen voran Wolfgang Schaal, der als Chef des Stadtverbandes bestätigt wurde.

Ihm steht mit Stephan Schwarz ein neuer zweiter Vorsitzender zur Seite, nachdem Georg Pfeiffer aus beruflichen Gründen sich auf einen Beisitzer-Posten beschränkt. Der 46-jährige Geschäftsführer eines Leonberger Wohnbauunternehmens soll als Wolfgang Schaals Nachfolger aufgebaut werden. Ebenfalls neu im Vorstand ist Manuel Frey als Jugendreferent, sowie Heiko Burger, Joachim Bürklen und Martin Epple als Beisitzer.

Tradition hat zudem, dass die Spitzenleute in Gemeinderat und Kreistag die Kommunalpolitik kritisch bewerten. Beim Leonberger Fraktionschef Axel Röckle fiel die Kritik besonders deutlich aus: „Sparen wird bei der Verwaltungsspitze und Teilen des Gemeinderates nicht so gerne gesehen“, sagt Röckle mit Blick auf die vom Rat mehrheitlich beschlossene Erhöhung der Abwasserpreise, die die Freien Wähler in dieser Höhe abgelehnt hatten.

Wie zufrieden ist die Fraktion?

Die in den meisten Haushaltsreden geäußerte Kritik an Oberbürgermeister Martin Georg Cohn (SPD) sei nicht abgesprochen gewesen: „Es handelt sich offensichtlich um den Eindruck, den er bei den Stadträten in den vergangenen zwei Jahren hinterlassen hat.“ Dass seine Fraktion unzufrieden ist, verhehlte Röckle nicht: „Wir haben den Eindruck, dass von oben einige Stichwörter mit Visionen in den Ring geworfen werden und dann nichts weiter passiert.“ Beispielhaft nannte er die Seilbahn, die nur ein Show-Effekt sei.

Fazit des Fraktionschefs: „Vom Stadtoberhaupt wünschen wir uns, dass unsere Anregungen und Bedenken, und auch die der städtischen Mitarbeiter, tatsächlich zur Kenntnis genommen werden.“